**Gewerkschaftskartell Biel**

**Delegiertenversammlung,**

**30. November 1943, 20 Uhr, kleiner Saal Volkshaus**

Traktanden:

1. Appell

2. Protokoll

3. Korrespondenzen und Mitteilungen

4. Weihnachtskation 1943

5. Referat Kollege Nationalrat Dr. Hans Oprecht. Thema: Die Stellungnahme der Gewerkschaften zum sozialen Aktionsprogramm ‚Die neue Schweiz‘.

6. Allfälliges

1. Appell. Vorsitz: Kollege Baptiste Clerico. Es sind laut Präsenzliste (…) anwesend. Kollege Baptiste Clerico begrüsst speziell den Referenten Kollege Nationalrat Dr. Hans Oprecht.

2. Protokoll. Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 6. Oktober 1943 wird verlesen und genehmigt.

3. Korrespondenzen und Mitteilungen.

Kollege Emil Brändli macht einige Ausführungen zu der vom Gewerkschaftskartell durchgeführten Obst-aktion. Am 19. Oktober sind 10 Tonnen lagerfähige Äpfel zum Preis von 33 Rappen per Kilo ausgewogen worden. Die Aktion wurde auf Antrag des Büros vom 13. Oktober in der Vorstandssitzung vom 15. Oktober beschlossen.

4. Weihnachtsaktion 1943.

Auf Antrag des Vorstandes beschliesst die Versammlung einstimmig, eine Weihnachts-Aktion durchzuführen unter der Voraussetzung, dass genügend Mittel aufzubringen sind und die Polizeidirektion eine Sammlung durchführt. Es soll auch mit dem SMUV Kontakt aufgenommen werden.

5. Referat des Kollegen Nationalrat Dr. Hans Oprecht. Thema: Die Stellungnahme der Gewerkschaften zum sozialen Aktionsprogramm ‚Die neue Schweiz‘“.

Die neue Schweiz ist Parteiprogramm, nicht Sofortprogramm und ein Versuch, das wirtschaftliche und soziale Leben einheitlich zu gestalten. Es ist also nicht nur Forderungsprogramm. Der Staat muss die Wirtschaft ordnen, damit keine Krise und Arbeitslosigkeit möglich ist. Voraussetzung ist, dass politische Kommandostellen sinngemäss besetzt werden. Die vergangenen Wahlen sind die 1. Etappe dazu. Überall in den Gemeinden und Kantonen muss gekämpft werden. Wir müssen uns auch als Gewerkschafter politisch betätigen. Das Schwergewicht kommt immer mehr zum Bund. Laut Art. 42 der Bundesverfassung hat der Bund nur indirekte Möglichkeiten, alles andere bleibt den Kantonen vorbehalten. Der Bund hat als Einnahmen nur die Zölle, Post-Telegraph, das Pulver und die Verwaltungsstempelsteuer sowie die Hälfte der Milchsteuer. Seit 1915 hatte der Bund in der Kriegssteuer eine direkte Steuer-Einnahme. Im Jahre 1932 wurde die letzte Rate erhoben. Seit 1933 kommt die Krisensteuer und ab 1940 die eidgenössische Wehrsteuer. Die Mobilisationsschuld bis Ende 1943 ist eine gewaltige. Sie erfordert für die Amortisation und Verzinsung während 25 Jahren jährlich 325 Millionen Franken. Der Föderalismus ist für einzelne Kantone vorteilhaft, weil der Bund Anteile abgibt. Deshalb stehen viele Kantone gut. Wir werden immer mehr zum Zentralstaat. Dieser muss deshalb auch die Wirtschaft beeinflussen. Seit 1874 haben wir Handels- und Gewerbefreiheit. Heute ist es praktisch ganz anders. Im Jahre 1939 haben wir einem neuen Verfassungsartikel über die Bewilligungspflicht zugestimmt. Die Sache ist zweischneidig. 1942 ist der Artikel in der grossen Schublade des Bundeshauses verschwunden. Die Bauern sind nicht zufrieden, der Staat greift immer mehr und überall in die Wirtschaft ein. Eigentlich ist das Staats-Sozialismus. 1939 folgten Vollmachten-Verfügungen auf Gewinnpolitik und Preispolitik etc. Darauf begann das Vorgehen dagegen. Die Kantone sind nur noch ausführende Organe der Berner-Beschlüsse. Durch die Kriegswirtschaft auch nach dem Kriege, werden die Handelsbeziehungen zwischenstaatlich geordnet werden müssen. Das private Unternehmertum hat sich Positionen und Gewinne gesichert, der Staat übernimmt das Risiko. Über den Standpunkt der Gewerkschaften führt der Referent Hans Oprecht an: Weitere Verbesserungen der gewerkschaftlichen Forderungen sind nur noch begrenzt möglich. Wir haben die Frage zu untersuchen, was für eine Rolle die Arbeit im ganzen Rahmen spielt. Die Arbeit muss anders, das heisst besser, qualifiziert werden, aber auch die Arbeitspflicht. Eine Neuordnung ist aber nur bei geordneter Wirtschaft möglich. Das Arbeits-Recht muss neu geschaffen werden. Der Staat verpflichtet sich, die Existenz des Arbeiters zu sichern. Die Bauern und auch der Gewerbestand fordern grundsätzlich genau das Gleiche. Arbeits-Recht bedeutet Förderung des Wohlstandes. Die Produktions-Förderung ist deshalb unabweisbar. Das wiederum bedeutet demokratische Arbeits-Disziplin. Hier können wir nach Russland schauen. Wir haben weiter zu fordern den Schutz der Jugendlichen, ein Frauen-Arbeits-Recht, andere Lohngestaltung, Sicherung eines Existenzminimums. Eventuell durch Ausgleichsfonds zwischen staatlichen und privaten Betrieben. Daran sind die Gewerkschaften enorm interessiert und müssen auch bestehen bleiben in der Schweiz. Die Lösung aller Aufgaben der neuen Schweiz darf aber nicht durch Teillösungen befriedigt werden. Eine Reform der Wirtschaft ist notwendig. Das ist der Inhalt der Initiative. Leider ist die Arbeiterschaft zu wenig aufgeklärt. Die Initiative muss im Parlament rasch behandelt und zur Abstimmung gebracht werden. Bauer, Arbeiter und Gewerbetreibende müssen gemeinsam marschieren, das muss sich auch politisch auswirken. Die Nationalratswahlen sind die 1. Stufe gewesen. Im letzten Kriege war es nicht möglich, aber das Familien-Regime muss beseitigt werden, aber auf demokratischem Wege.

Der Vorsitzende Baptiste Clerico verdankt das mit grossem Beifall aufgenommene Referat und eröffnet die Diskussion.

Kollege Paul Fell findet, der Referent habe ein optimistisches Bild entworfen in dieser traurigen Zeit. Diejenigen, die an eine Zusammenarbeit von Bauer, Arbeiter und Gewerbetreibenden glauben, das seien die an der Inland-Wirtschaft Interessierten. Auf der anderen Seite seien aber einflussreiche Kreise, die aussenwirtschaftlich orientiert seien. Diese seien nicht ganz erfolglos gewesen bis jetzt und würden es auch in Zukunft nicht sein. Die gewerkschaftliche Tätigkeit werde immer mehr an die Politik gebunden. Die Gewerkschaften beurteilen nicht alles gleich und Paul Fell verweist auf den SMUV.

Kollege Alfred Alchenberger: Die Ständeratswahl im Kanton Bern hat keine Zusammenarbeit Bauer-Arbeiter-Gewerbetreibende gezeitigt und er hegt deshalb Zweifel in dieser Hinsicht.

Kollege Baptiste Clerico: Bauer-Arbeiter-Gewerbetreibende funktioniert, solange der Krieg gute Preise garantiert. Nach dem Krieg werde aber der Schutzwall um die Agrar-Produkte fallen. Wie wird sich dies auswirken?

Kollege Dr. Hans Oprecht antwortet in einem Schlusswort. Das Exportproblem werde durch zwischenstaatliche Beziehungen erst lange nach dem Krieg gelöst werden können und müssen. Das wird auch des Preisproblem der Agrar-Produkte lösen. Die Export-Industrie werde noch mehr auf staatliche Hilfe angewiesen sein. Die organisierte Wirtschaft werde immer grösseren Umfang annehmen.

Ein Sekretär des SMUV gibt zu, dass in der Westschweiz der Arbeitsfriede nicht eingehalten wird. Es sei nicht ohne Bedeutung, dass der SMUV mit 5 Nationalräten im Parlament vertreten sei. Auch sie suchen Hilfe für die Nachkriegsprobleme. Die verunglückte Ständeratswahl sei ein Betriebsunfall und es gehe nicht auf einen Schlag. Auch wir haben schon Fehler gemacht. Arbeiter und Bauer müssten zusammenspannen, das sei der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung.

Kollege Baptiste Clerico verdankt nochmals das ausgezeichnete Referat und Schlusswort.

6. Allfälliges.

Kollege Gfeller, Präsident des Bildungsausschusses, macht aufmerksam auf einen am 7. Dezember stattfindenden Vortrag von Dr. Valentin Gittermann über „Internationale Nachkriegs-Probleme“.

Am 15. Dezember findet ein Elternabend statt mit einem Referat über Berufsberatung. Referent Genosse Küffer, Vorsteher des Arbeitsamtes.

Schluss der Versammlung um 22.30 Uhr.

Baptiste Clerico, Präsident

Karl Meierhans, Protokollführer

Gewerkschaftskartell Biel. DV. Protokolle 1936-1946. Protokollbuch, gebunden, Handschrift.

Archiv GBLS Biel.

Gewerkschaftskartell DV Protokoll 1943-11-30.docx